

Namhafte Spitzenvertreter der hessischen Ärzteschaft hatten es vorgezogen, diesmal dem Bad Nauheimer Gespräch fernzubleiben, weil sie (was sie ehrt) die satzungsgemäße parteipolitische Neutralität einer Landesärztekammer noch über das Vergnügen stellten, den Bundesminister für Wirtschaft, Dr. Otto Graf Lambsdorff, über „Ökonomische Vernunft und Leistungsbereitschaft in der Industriegesellschaft“ reden zu hören und mit ihm über dieses weitläufige Thema diskutieren zu können.

Denn der Besuch des pointensicheren Verfechters der Marktwirtschaft und prominenten FDP-Politikers im Nauheimer Fortbildungszentrum hätte tatsächlich zu diesem Zeitpunkt mißdeutet und von Andersdenkenden ausgeschlachtet werden können: die Hessenwahl stand unmittelbar vor der Tür, und die Zahl derjenigen, die den Ärzten ohnehin gern am Zeug flicken, ist erfahrungsgemäß im Hessenland nicht eben klein.

Wenn Kammerpräsident Dr. Wolfgang Bechtoldt in seinen Einführungsworten den liberalen Wirtschaftsphilosophen Adam Smith erwähnte und der Referent auf diese Nuance sichtlich erfreut mit der Bemerkung reagierte, unter solchen Umständen „sei er hier richtig“, so war auch dies keine Verlängerung des Landtagswahlkampfes bis hinein ins hessische Zentrum der ärztlichen Fortbildung, sondern nur ein von Parteipolitik unabhängiges Bekenntnis zu einem freiheitlichen Gesundheitswesen, innerhalb dessen sich die ärztliche Berufsausübung „mit möglichst wenig Staat“ in Eigenverantwortung frei entfalten kann.

Selbstverständlich konnte „dem Grafen“ nicht verübelt werden, daß er bei der Darlegung von Verwerfungen, Anpassungsprozessen und Vorstellungen zur Konsolidierung innerhalb unserer Industriegesellschaft nicht nur pro persona sprach, sondern zugleich das gesamte liberale Weltbild ins Feld führte. Auch ohne Spezialkenntnisse in Wirtschaftsfragen erfaßte das bemerkenswert zahlreiche Auditorium sehr rasch die Direktbezüge, die der Bundeswirtschaftsminister zwischen der wirtschaftlichen Gesamtsituation und den Schwierigkeiten im Sozial- und Gesundheitsbereich herstellte. Ausgehend von den Sozialausgaben, die seit Be-

ginn der siebziger Jahre erheblich stärker anwachsen als das Bruttosozialprodukt, schlüsselte er den Circulus vitiosus auf, den dieses Ungleichgewicht herbeigeführt hat: Steuern, Sozialabgaben und Staatsverschuldung stiegen; Leistungsbereitschaft, Investitionsfähigkeit und Wirtschaftswachstum wurden dadurch beeinträchtigt; Arbeitsplätze wurden gefährdet und vernichtet; schließlich stellten die Beschäftigungsprobleme die Finanzierbarkeit des Systems der sozialen Sicherheit in Frage: „Diesen Kreislauf gilt es zu durchbrechen.“

Allen schmückenden Beiwerks entkleidet, stellten sich dem Wirtschaftsminister auch die Hauptfragen der Sozialpolitik als Rechenexempel dar. Zum Beispiel die Gesetzliche Rentenversicherung: Beim ungünstigen Altersaufbau

Liberales Weltbild

Ein Bad Nauheimer Gespräch

der Bevölkerung werde sich der Anteil der Rentner in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2030 fast verdoppeln. Bei konstantem Beitragssatz bedeute dies eine Halbierung des Rentenniveaus; bei konstantem Rentenniveau erfordere es eine Verdoppelung des Beitragssatzes, der heute bei 18,5 v. H. liegt: „Beide Alternativen sind wirtschafts- und sozialpolitisch nicht akzeptabel.“ Die Konsequenz aus dem Blickwinkel des Wirtschaftspolitikers: Umfassende Strukturreform der Rentenversicherung mit einem ausgeglichenen Interessenausgleich zwischen Rentnern und Beitragszahlern.

Natürlich konnte der Wirtschaftsminister auch im Bereich der Krankenversicherung, an deren Zustand und Zukunft die Ärzte ja unmittelbar interessiert sind, nur zu dem Ergebnis „Fehlentwicklungen“ kommen, wenn er sie an den Kriterien der ökonomischen Vernunft und der Leistungsbereitschaft maß: „Insbesondere habe ich Zweifel, daß die Ausgaben der Krankenkassen – 100 Milliarden DM! – immer wirtschaftlich und leistungsgerecht ausgegeben wurden und werden.“ Im Sinne seines Teilthemas „Ökonomische Vernunft“

wies er folglich auch den Kostendämpfungsgesetzen und dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 die Aufgabe zu, das Gesundheitswesen in gesamtwirtschaftliche Kriterien einzubeziehen.

Hier allerdings durfte der liberale Wirtschaftsminister einige vom Auditorium mit Beifall quittierte positive Aussagen machen: Trotz politischer Kompromisse mit den jeweiligen Regierungsparteien seien alle Versuche abgewehrt worden, mit gesetzlichen Zwangsmaßnahmen in die Autonomie von Krankenkassen und Kassenärzten einzugreifen; die Eigenständigkeit der Ersatzkassen sei nicht angetastet, die Kostenverantwortung von Leistungserbringern und Versicherten sei erhöht worden: „An diesen Grundsätzen halten wir fest.“ Allerdings: in der Vertragsautonomie müsse ein unverzichtbares Gestaltungsprinzip der freiheitlichen Ordnung und nicht ein Instrument zur Erzielung möglichst hoher Vergütungen gesehen werden.

Teils beifällig, teils nachdenklich nahmen die Zuhörer einige Anmerkungen zu hautnahen ärztlichen Problemen auf. Beispielsweise daß Konsequenzen aus dem zu erwartenden Überangebot an Kassenärzten in Übereinstimmung mit dem Grundrecht der Berufsfreiheit zu ziehen seien, oder daß im Krankenhausbereich das geltende Recht die Unwirtschaftlichkeit zum Prinzip mache, so daß ökonomische Vernunft auch dort ihren festen Platz bekommen müsse.

Wenngleich in der Diskussion mit manchem Ärger, mancher Enttäuschung und mancher Ratlosigkeit viel Kasuistik zutage trat, durfte am Ende dieses interessanten Nauheimer Gesprächs verzeichnet werden, daß sich zwischen dem Referenten und dem Auditorium ein weitreichender Konsens ergeben hatte.

Er sei mit Lambsdorffs Worten kurz umrissen: Wo die Verantwortung fehlt, beginnt der Weg in den staatlichen Zwang. Je mehr die Eigenvorsorge hinter staatlicher Vorsorge zurücktritt, um so mehr gehen Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft zurück. Versorgungsstaatliches Denken breitet sich aus. Die soziale Moral verkümmert. An ihre Stelle tritt die bürokratische Maßnahme zur Bekämpfung des Mißbrauchs. Kurt Gelsner